

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentlichen Sitzung der Ratsversammlung
am Dienstag, dem 15.02.2022
in der Dr. Uwe Harder - Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:32 Uhr

Anwesend:

Stadtpräsidentin

Frau Anna-Katharina Schättiger

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Volker Andresen
Frau Helga Bühse
Frau Franka Dannheiser
Herr Bernd Delfs
Frau Wiebke Diehlmann
Herr Jonny Griese
Herr Wolf-Werner Haake
Herr Hauke Hahn
Herr Dirk-Justus Hentschel
Herr Andreas Hering
Herr Hasan Horata
Herr Süleyman Inci
Herr Klaus-Dieter Iwers
Herr Peter Janetzky
Herr Claus-Rudolf Johna
Herr Jürgen Joost
Herr Thorsten Klimm
Herr Andreas Kluckhuhn
Herr Jan Hinrich Köster
Herr Thomas Krampfer
Frau Sabine Krebs
Herr Martin Kriese
Frau Urte Kringel
Herr Gerd Kühl
Herr Gerhard Lassen
Herr Frank Matthiesen
Herr Horst-Dieter Micheel
Herr Fatih Mutlu
Herr Mark Michael Proch
Herr Sven Radestock
Herr Reinhard Ruge
Herr Oliver Schlemmer
Frau Monika Schmidt
Frau Babett Schwede-Oldehus
Herr Hans Heinrich Voigt
Herr Geoffrey Frederic Warlies
Herr Axel Westphal-Garken
Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

Von der Verwaltung

Oberbürgermeister

Herr Tobias Bergmann

Erster Stadtrat	Herr Carsten Hillgruber
Stadtrat	Herr Oliver Dörflinger
Referent für Öffentlichkeitsarbeit	Herr Stephan Beitz
FD - 66	Herr Jan Duve
FD - 30	Frau Bettina Krull
FD - 65	Herr Matthias Kuck
FD - 61	Herr Bernd Heilmann
FD - 20	Herr Hans-Günter Szislo
Sekretariat Stadtpräsidentin	Frau Andrea Eggert
Personalratsvorsitzender	Herr Peter Omland
Personalrat	Frau Britta Stoffer
Protokollführung	Herr Holger Krüger

Entschuldigt:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau June Boysen
Herr Wolf Rüdiger Fehrs
Herr Klaus Grassau
Frau Esther Hartmann
Herr Jörn Seib

Von der Verwaltung

Stadtbaurat Herr Thorsten Kubiak

Bis zu 4 Vertreter der Stadtteilbeiräte und sonstigen Beiräte
Bis zu 3 Vertreter der Presse und der Offene Kanal Kiel
Bis zu 9 Zuhörer/innen

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung der Sitzung am 15.02.2022
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 14. und 15.12.2021
5.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
7.	Einwohnerfragestunde
8.	Aktuelle Stunde
9.	Anfragen
9.1.	Große Anfrage des RH Kühl, CDU-Ratsfraktion betr. Bolzplatz in der Slevogtstraße Vorlage: 0281/2018/An
9.2.	Große Anfrage der Ratsfraktion Die Grünen betr. Ökologische Leitlinie für die Bauleitplanung und kommunale Projekte der Stadt Neumünster Vorlage: 0282/2018/An
9.3.	Große Anfrage der BfB-Ratsfraktion betr. Strom- und Gassperrungen Vorlage: 0290/2018/An
9.4.	Große Anfrage der NPD-Ratsfraktion betr. Demonstration gegen die Gaststätte Titanic Vorlage: 0283/2018/An
10.	Anträge
10.1.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, FDP, BfB und DIE LINKE betr. Abwahl des Stadtbaurats Thorsten Kubiak (2. Beschlussfassung gem. § 40 a III GO) Vorlage: 0286/2018/An
10.2.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Abwasserreinigung Vorlage: 0291/2018/An
10.3.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Hybridsitzungen Vorlage: 0287/2018/An
10.4.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Aussetzung von Strom- und Gassperrungen für private Haushalte Vorlage: 0292/2018/An

10.5.	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Autofreier Großflecken Vorlage: 0288/2018/An
10.6.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. "1G" Maßnahmen auf zukünftigen Rats- sitzungen Vorlage: 0284/2018/An
10.7.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Zuweisung und Unterbringung weiterer Flüchtlinge verhindern! Vorlage: 0285/2018/An
10.8.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Allgemeinverfügung zur Maskenpflicht mit sofortiger Wirkung aufheben Vorlage: 0289/2018/An
11.	Ausschussumbesetzungen: a) und b) Nachbesetzungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss c) Wahl der/des Ausschussvorsitzenden für den Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 1007/2018/DS
12.	Leitungs- und Organisationsstruktur der Verwaltung Vorlage: 1000/2018/DS
13.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Errichtung einer Anstalt des öffent- lichen Rechts als zentrale Stelle für Qualitätssicherung im Rettungsdienst Vorlage: 0793/2018/DS
14.	1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2022 sowie Nachtragsstellenplan 2022 Vorlage: 0998/2018/DS
15.	Neufassung der Straßenreinigungssatzung ab 01.03.2022 Vorlage: 0960/2018/DS
16.	Hochschulanbindung: Absichtserklärung zur Bereitstellung von Räumlich- keiten für Gesundheitsstudiengänge der Fachhochschule Kiel in Neumün- ster Vorlage: 1008/2018/DS
17.	Schulentwicklungsplanung (SEP); hier: Schulentwicklungsplan 2018 - Allgemein bildende Schulen; 2. Fortschreibung für die Jahre 2020/2021 Vorlage: 0970/2018/DS
18.	Grundsätze und Kriterien zur Auf- und Umstellung von Kunst im Öffentli- chen Raum Vorlage: 0899/2018/DS
19.	Wahl des kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderung Vorlage: 0981/2018/DS
20.	Kostensteigerung des Neubaus der Kindertagesstätte des DRK Kreisver- bandes Neumünster e.V. (DRK) zur Schaffung von 50 zusätzlichen Kita- Plätzen Vorlage: 0977/2018/DS

21.	Frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege hier: Fortführung der "Praxisintegrierten Ausbildung" staatl. anerkannter Erzieherinnen / Erzieher in den Kindertageseinrichtungen Vorlage: 0978/2018/DS
22.	Sanierungsbau der Kindertagesstätte (Kita) Vicelin des Trägers Kindertagesstättenwerk Altholstein zum Erhalt von insgesamt 70 Betreuungsplätzen und Unterbringung in Containern während der Baumaßnahme Vorlage: 0979/2018/DS
23.	Raumprogramm für zusätzliche notwendige Räume der Kindertagesstätte (Kita) Schubertstraße Vorlage: 0972/2018/DS
24.	Funktionale Leistungsbeschreibung bei Bauvorhaben Vorlage: 0991/2018/DS
25.	Bebauungsplan Nr. 267 A "Ortskern Gadeland" - Beschluss über Stellungnahmen im Rahmen § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) - Bestätigung der durchgeführten erneuten Behördenbeteiligung sowie der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 4 a BauGB - Beschluss über Stellungnahmen im Rahmen § 4 a BauGB - Satzungsbeschluss Vorlage: 0955/2018/DS
26.	Entwicklung der städtischen Fläche der ehemaligen Scholtz-Kaserne - Konkretisierung und Anpassung des Beschlusses vom 23.06.2020 (Nr. 0186/2018/An) Vorlage: 0984/2018/DS
27.	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161 "Memellandstraße" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 1002/2018/DS
28.	Neustrukturierung der Akteursbeteiligung bei Klimaschutz und Klimaanpassung Vorlage: 0996/2018/DS
29.	Klaus-Groth-Schule Ersatzneubau der Sporthalle Vorlage: 0969/2018/DS
30.	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 GO i. V. m. § 82 GO hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 150.000 Euro für die Umrüstung von Fenstern in mehreren Kitas auf Drehkipplügel Vorlage: 0441/2018/MV
31.	Berichterstattung und Zeitplanung zum Ausbauziel für Kindertageseinrichtungen Vorlage: 0447/2018/MV
32.	Dringliche Vorlagen

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie weist auf die Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen hin.
Zur Erleichterung der Ermittlung von Abstimmungsergebnissen mögen bei der Abstimmung die eigens dazu verteilten Karten genutzt werden.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass sich Ratsfrau Hartmann sowie die Ratsherren Fehrs, Grassau und Seib aus persönlichen Gründen entschuldigt hätten. Ratsfrau Boysen sei erkrankt und kann somit nicht an der Sitzung teilnehmen. Gleiches gelte für Herrn Stadtbaurat Kubiak und Frau Friedrich. Der Fachdienst Rechnungsprüfung ist daher nicht vertreten.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger verpflichtet Herrn Süleyman Inci gem. § 21 der Gemeindeordnung als neues Ratsmitglied.

Herr Inci rückt für Herrn Andreas Hering nach. Frau Stadtpräsidentin Schättiger dankt Herrn Hering für sein langjähriges Engagement.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem **TOP 33** „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 15.12.2021 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ 3 weitere Tagesordnungspunkte identifiziert, bei denen Ausschlussgründe vorliegen.

Bei den **TOPs 34 bis 36** geht es um Rechtsgeschäfte mit Unternehmen, bei denen Informationen über wirtschaftliche Verhältnisse in die Beratung mit einbezogen werden könnten.

Der **TOP 37** ist für Mitteilungen vorgesehen.

Über die am 15.12.2021 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse wurde schriftlich als Anlage zur Niederschrift über die Sitzung am 14.bzw. 15.12.2021 berichtet. Die Anlage steht im öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems zur Verfügung.

Beschluss:

Es wird einstimmig beschlossen, dass die **TOPs 33 bis 36** unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen. Der **TOP 37** ist für Mitteilungen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

3 .	Tagesordnung der Sitzung am 15.02.2022
-----	--

Versandt, bzw. verteilt wurden:

- **Zu TOP 9.1 An 0281/2018**
- Antwort
- **Zu TOP 9.2 An 0282/2018**
- Antwort
- **Zu TOP 9.3 An 0290/2018**
- Antwort, inklusive Stellungnahme der SWN zu TOP 10.4
- **Zu TOP 9.4 An 0283/2018**
- Antwort
- **Zu TOP 10.3 An 0287/2018**
- Stellungnahme der Verwaltung
- **Zu TOP 10.5 An 0288/2018**
- Stellungnahme der IHK

Vorläufige Auszüge aus den Fachausschüssen:

- **Zu TOP 16 DS 1008/2018**
- Schul-, Kultur- und Sport vom 27.01.2022
- **Zu Top 17 DS 0970/2018**
- Schul-, Kultur- und Sport vom 27.01.2022
- Hauptausschuss vom 08.02.2022
- **Zu TOP 18 DS 0899/2018**
- Schul-, Kultur- und Sport vom 27.01.2022
- **Zu TOP 19 DS 0981/2018**
- Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 26.01.2022
- Hauptausschuss vom 08.02.2022
- **Zu Top 24 DS 0991/2018**
- Bau- und Vergabeausschuss vom 03.02.2022
- Hauptausschuss vom 08.02.2022
- **Zu TOP 26 DS 0984/2018**
- Planungs- und Umweltausschuss vom 02.02.2022
- Hauptausschuss vom 08.02.2022
- **Zu TOP 28 DS 0996/2018**
- Planungs- und Umweltausschuss vom 02.02.2022
- Hauptausschuss vom 08.02.2022

Anträge zur aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Die Bfb-Ratsfraktion hat mitgeteilt, die Anträge zu den TOPs 10.3 und 10.4 zurückzuziehen. Da es diesbezüglich keinen Widerspruch und im Übrigen keine anderslautenden Vorschläge gibt, wird die Tagesordnung in der übermittelten Reihenfolge aber ohne die TOPs 10.3 und 10.4 abgehandelt.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 14. und 15.12.2021
-----	---

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht vorgebracht.

5 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Herr Oberbürgermeister Bergmann teilt mit, dass die Verwaltung gemäß den Beschlüssen zum „Sicheren Hafen“ bzw. zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan gegenüber dem Land die Bereitschaft erklärt habe, letztere aufzunehmen.

Ferner informiert Herr Oberbürgermeister Bergmann, dass er die Widmung der FEK-Zufahrt als öffentliche Straße zwischenzeitlich unterzeichnet habe. Vorausgegangen seien Verhandlungen mit dem FEK über die damit verbundenen Fragen der Straßenbaulast und der Übernahme entsprechender Kosten.

Abschließend informiert er, dass das Land bezüglich der Konsolidierungshilfen noch einige Nachfragen gestellt habe. Auch habe man nicht jede Maßnahme anerkannt. Ungeachtet dessen wurde signalisiert, die beantragten Hilfen zu bewilligen. Der Konsolidierungsvertrag könne vermutlich zur Juni-Sitzung der Ratsversammlung vorgelegt werden.

6 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass dies die letzte Sitzung der Ratsversammlung sei, an der Herr Stadtrat Dörflinger in dieser Funktion teilnimmt. Herr Dörflinger tritt nicht erneut zur Wahl als Stadtrat an. Diese Entscheidung werde akzeptiert, wenn auch mit Bedauern. Die Amtsperiode endet zum 01.05.2022. Frau Stadtpräsidentin Schättiger dankt Herrn Dörflinger im Namen des gesamten Gremiums für sein langjähriges Engagement in allen Bereichen seines Sachgebietes und die gute Zusammenarbeit in den 12 Jahren seiner Betätigung für die Stadt Neumünster. Die Ratsherren Kühl, Andresen und Radestock schließen sich an.

7 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Anfragen vor.

8 .	Aktuelle Stunde
-----	-----------------

Es liegen keine Anträge zur „Aktuellen Stunde“ vor.

9 .	Anfragen
9.1 .	Große Anfrage des RH Kühl, CDU-Ratsfraktion betr. Bolzplatz in der Slevogtstraße Vorlage: 0281/2018/An

Ratsherr Kühl bringt die Große Anfrage ein und begründet sie. Es habe sich ursprünglich um eine Kleine Anfrage gehandelt. Nachdem aber auch eine bereits verlängerte Frist verstrichen sei, ohne dass eine Antwort erfolgte, wurde von der Option nach § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht, wonach in derartigen Fällen eine Behandlung als Große Anfrage in der Ratsversammlung ermöglicht wird.

Die Große Anfrage wird durch Herrn Stadtrat Dörflinger in Vertretung für Herrn Stadtbaurat Kubiak beantwortet. Soweit Herr Stadtbaurat Kubiak in Frage 1 direkt angesprochen wird, sei eine Antwort nicht möglich, die entsprechenden Informationen seien aber den Antworten zu 2. und 3. zu entnehmen.

In der anschließenden Aussprache kritisiert Ratsherr Kühl die Verwaltung für die Handhabung dieser Anfrage. Der Sachverhalt sei seit Jahren bekannt. Der Stadtbaurat selbst habe sich dahingehend geäußert, dass die Nutzung des Bolzplatzes nicht immer ordnungsgemäß sei. Die Frage sei gestellt worden, weil entgegen entsprechender Ankündigungen keine Maßnahmen getroffen worden seien und Anlieger sich im Stadtteilbeirat beschwert hätten. Es könne nicht angehen, dass eine Frage nicht beantwortet wird, nur weil der Stadtbaurat über Wochen nicht zugegen ist. Er müsste zumindest erreichbar gewesen sein. Die konkrete Frage, ob ein Verstoß vorliege, sei ebenfalls nicht beantwortet worden. Dieser Umgang mit der Selbstverwaltung sei nicht akzeptabel.

9.2 .	Große Anfrage der Ratsfraktion Die Grünen betr. Ökologische Leitlinie für die Bauleitplanung und kommunale Projekte der Stadt Neumünster Vorlage: 0282/2018/An
-------	---

Ratsherr Voigt bringt die Große Anfrage ein und begründet sie.

Die Große Anfrage wird durch Herrn Stadtrat Dörflinger in Vertretung für Herrn Stadtbaurat Kubiak beantwortet.

Man dankt der Verwaltung für die Beantwortung der sehr umfangreichen Anfrage, wobei deren Umfang und der mit der Beantwortung erzeugte Aufwand auch kritisch hinterfragt werden.

In der anschließenden Aussprache wird verdeutlicht, dass die Leitlinie noch nicht die erforderliche Wirkung entfalten würde. Es sei allenfalls ein Einstieg in die Thematik. Viele Fragen seien noch offen. Es gelte, klare Standards zu entwickeln bzw. vorzugeben. Noch sei ungewiss, wie die klimapolitischen Ziele erreicht werden können, wobei allerdings die Zeit dränge. Dabei werden auch Interessenskonflikte zwischen Klimaschutz einerseits und der „wachsenden Stadt“ andererseits angesprochen.

Abschließend erklärt Ratsfrau Bühse, die Große Anfrage nebst Antwort auch im Planungs- und Umweltausschuss behandeln zu wollen.

9.3 .	Große Anfrage der BfB-Ratsfraktion betr. Strom- und Gassperrungen Vorlage: 0290/2018/An
-------	--

Ratsfrau Hartmann ist nicht zugegen, so dass sie ihre Große Anfrage nicht einbringen und den Bedarf an einer Aussprache nicht darlegen kann. § 17 der Geschäftsordnung sieht zwar das Verlesen von Fragen und Antworten in der Sitzung sowie die anschließende Aussprache vor, gem. § 51 kann aber davon abgewichen werden, sofern nicht widersprochen wird.

Es besteht Einvernehmen, die Große Anfrage in diesem Falle nur schriftlich zu beantworten.

9.4 .	Große Anfrage der NPD-Ratsfraktion betr. Demonstration gegen die Gaststätte Titanic Vorlage: 0283/2018/An
-------	--

Ratsherr Proch bringt die Große Anfrage ein und begründet sie.

Die Große Anfrage wird durch Herrn Stadtrat Dörflinger in Vertretung für Herrn Stadtbaurat Kubiak beantwortet.

In der anschließenden Aussprache stellt Ratsherr Proch eine gesetzeskonforme Ausübung des Ermessens seitens der „Versammlungsbehörde“ in Frage.

10 .	Anträge
10.1 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, FDP, BfB und DIE LINKE betr. Abwahl des Stadtbaurats Thorsten Kubiak (2. Beschlussfassung gem. § 40 a III GO) Vorlage: 0286/2018/An

Ratsherr Andresen bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger weist auf § 30 Abs. 6 Ziffer 3 der Geschäftsordnung hin. Danach wäre bei der Abberufung eines Stadtrates namentlich abzustimmen. Bei der ersten Abstimmung am 14.12.2021 sei diese Norm übersehen worden. § 51 der Geschäftsordnung lasse Abweichungen von der Geschäftsordnung zu, solange dem nicht widersprochen wird bzw. soweit nicht andere Normen dem entgegenstehen. Die Gemeindeordnung sieht keine namentliche Abstimmung vor, so dass der Verzicht darauf gesetzeskonform ist. Es besteht Einvernehmen, auch bei dieser zweiten Abstimmung auf eine namentliche Abstimmung zu verzichten.

Beschluss:

Als Ergebnis der 2. Beratung gemäß § 40 a Abs. 3 der Gemeindeordnung wird Herr Thorsten Kubiak aus seiner Funktion als Stadtbaurat abberufen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 1

Gemäß § 40 a Abs. 3 GO wurde über den Antrag in der Ratsversammlung am 14.12.2021 erstmalig beraten und Beschluss gefasst.

Die gem. § 40 a Abs. 2 Nr. 2 GO für die Abberufung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder wurde bei beiden Beschlussfassungen erreicht, so dass Herr Thorsten Kubiak nunmehr aus dem Amt als Stadtrat abberufen ist.

10.2 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Abwasserreinigung Vorlage: 0291/2018/An
--------	--

Ratsfrau Bühse bringt den Antrag ein und begründet ihn.
Sie bittet darum, die Ergebnisse der Prüfung auch an den Bau- und Vergabeausschuss zu übermitteln.

Der Antrag wird angesichts des mit der Prüfung verbundenen Aufwands bzw. der mit einer Umsetzung ggf. verbundenen hohen Investitionen kontrovers diskutiert.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, geklärte Abwässer des Klärwerks nicht in den Vorfluter zu leiten, sondern die Wassermengen (auch nur teilweise) wieder zurück in den Kreislauf zu geben.
2. Es ist zu ermitteln, ob Gewerbebetriebe, die viel Trinkwasser benötigen, bereit sind, das behandelte und mehrstufig gereinigte Wasser wieder zu verwenden z. B. für Reinigungsarbeiten. Dabei ist zu hinterfragen, ob ein weiterer Reinigungsschritt mittels Aktivkohlefilter oder dergl. nötig wäre, um die Wiederverwendung in den gewerblichen Betrieben zu ermöglichen.
Der finanzielle Aufwand für eine 4. Reinigungsstufe ist zu schätzen.
3. Darüber hinaus ist in Erfahrung zu bringen, ob Gärtnereien oder landwirtschaftliche Betriebe in der Umgebung Interesse daran haben, das gereinigte Abwasser zum Bewässern von Flächen zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 12
Enthaltung: 0

10.3 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Hybridsitzungen Vorlage: 0287/2018/An
--------	--

Die BfB-Ratsfraktion hat den Antrag zurückgezogen.

10.4 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Aussetzung von Strom- und Gassperrungen für private Haushalte Vorlage: 0292/2018/An
--------	--

Die BfB-Ratsfraktion hat den Antrag zurückgezogen.

10.5 .	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Autofreier Großflecken Vorlage: 0288/2018/An
--------	---

Die IHK hat zu dem vorliegenden Antrag eine Stellungnahme übermittelt. Diese Stellungnahme wird im Ratsinformationssystem bei TOP 10.5 hinterlegt.

Ratsherr Griese bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er erklärt, den Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Grünen zu übernehmen.

Ratsfrau Dannheiser beantragt die Überweisung an den Planungs- und Umweltausschuss zwecks Vorberatung.

Ratsherr Radestock bringt für die Ratsfraktion Die Grünen einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Danach soll über die Frage, den Großflecken für den Durchgangsautoverkehr zu sperren, ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Der Bürgerentscheid soll zeitgleich mit der Landtagswahl am 08.05.2022 stattfinden. Ratsherr Griese hatte bereits erklärt, diesen Änderungsantrag zu übernehmen.

Ratsherr Joost bringt einen weiteren Änderungsantrag ein und begründet diesen. Danach soll ein entsprechender Bürgerentscheid erst mit der Kommunalwahl in 2023 durchgeführt werden.

Beide Änderungsanträge werden im Ratsinformationssystem bei TOP 10.5 hinterlegt

Die vorliegenden Anträge werden kontrovers diskutiert. Dabei geht es zum einem darum, Maßnahmen zur Umgestaltung des Großfleckens erst einmal umzusetzen, bevor man weitere Beschlüsse zur Reduzierung des Verkehrs fasst. Zudem seien damit komplexe Fragestellungen verbunden, denen ein auf nur eine Frage reduzierter Bürgerentscheid ggf. nicht gerecht werden könne. Es gebe viele unterschiedliche Meinungen zu dieser komplexen Problematik. Vor diesen Hintergrund wird auch über die geeignete Art einer Bürgerbeteiligung diskutiert.

Sodann wird über den Überweisungsantrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Antrag 0288/2018/An im TOP 10.5 der Ratsversammlung am 15.02.2022 der Ratsfraktion DIE LINKE nebst aller Änderungsanträge wird zur weiteren Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss überweisen. Dabei wird dem Planungs- und Umweltausschuss empfohlen, im Zuge der weiteren Beratung Beteiligte und Betroffene anzuhören und das Ergebnis in die weitere Beratung einzubeziehen. Die endgültige Entscheidung trifft die Ratsversammlung.

Abstimmungsergebnis (Überweisungsantrag):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 9
Enthaltung: 0

10.6 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. "1G" Maßnahmen auf zukünftigen Ratssitzungen Vorlage: 0284/2018/An
--------	---

Der Antrag wurde in der Ratsversammlung am 14.12.2021 als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Dringlichkeit wurde nicht bestätigt, so dass der Antrag gemäß § 15 Abs. 7 der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen war.

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger erklärt, dass die Entscheidung über die Corona-Regelungen bei Sitzungen kommunaler Gremien regelmäßig den Vorsitzenden obliege, sofern nicht anderweitig etwas geregelt ist. Die Corona-Bekämpfungsverordnung des Landes regele zwar Maßnahmen für Veranstaltungen, Sitzungen kommunaler Gremien seien davon aber ausdrücklich ausgeschlossen. Sofern nicht ohnehin von der Möglichkeit, digital zu tagen, Gebrauch gemacht wird, orientiere man sich bei den zu treffenden Entscheidungen an dem eigens dafür entwickelten Hygienekonzept, welches auch mit dem Gesundheitsamt abgestimmt sei. Frau Stadtpräsidentin Schättiger empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 36
Enthaltung: 0

10.7 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Zuweisung und Unterbringung weiterer Flüchtlinge verhindern! Vorlage: 0285/2018/An
--------	---

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr 1. Stadtrat Hillgruber weist auf die Beschlüsse der Ratsversammlung zum „Sicheren Hafen“ sowie zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan hin. Sollten diese weiterhin der Position der Ratsversammlung entsprechend, müsse der Antrag abgelehnt werden. Er persönlich begrüße die Haltung der Ratsversammlung und der Bürger der Stadt Neumünster zur Unterstützung in Flüchtlingsfragen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 36
Enthaltung: 0

10.8 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Allgemeinverfügung zur Maskenpflicht mit sofortiger Wirkung aufheben Vorlage: 0289/2018/An
--------	---

Ratsherr Proch teilt mit, dass sich der Antrag zwischenzeitlich erledigt habe. Er zieht den Antrag dementsprechend zurück.

**Frau Stadtpräsidentin Schättiger unterbricht die Sitzung
um 19.33 Uhr für eine Pause.**

Die Sitzung wird um 20.10 Uhr fortgesetzt.

11 .	Ausschussumbesetzungen: a) und b) Nachbesetzungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss c) Wahl der/des Ausschussvorsitzenden für den Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 1007/2018/DS
------	---

Die Nachbesetzungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss bzw. die Wahl des/der Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses erfordern 3 getrennte Wahlgänge.

Beschluss:

- a) Anstelle von Ratsherrn Hering wird Herr Philipp Beutler als bürgerliches Mitglied, in den Sozial- und Gesundheitsausschuss gewählt.
- b) Ratsherr Inci wird als Mitglied aus der Ratsversammlung in den Sozial - und Gesundheitsausschuss gewählt.
- c) Ratsherr Inci wird zum Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses gewählt.

Abstimmungsergebnis:

a) Nachbesetzung im Sozial-und Gesundheitsausschuss (Wahl des Herrn Beutler)

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Somit ist Herr Philipp Beutler als bürgerliches Mitglied in den Sozial-und Gesundheitsausschuss gewählt.

b) Nachbesetzung im Sozial-und Gesundheitsausschuss (Wahl des Herrn Inci)

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Somit ist Herr Süleyman Inci als Mitglied der Ratsversammlung in den Sozial-und Gesundheitsausschuss gewählt.

c) Wahl der/des Vorsitzenden des Sozial-und Gesundheitsausschusses

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Somit ist Herr Süleyman Inci zum Vorsitzenden des Sozial-und Gesundheitsausschuss gewählt.

12 .	Leistungs- und Organisationsstruktur der Verwaltung Vorlage: 1000/2018/DS
------	--

Vorschläge zur Verwaltungsgliederung und Sachgebietszuweisung und zur Änderung der Verwaltungsgliederung und / oder der Sachgebietszuweisung sind nach § 65 Abs. 3 Satz 1 GO der Ratsversammlung vorzulegen, die diesem Vorschlag nach Satz 2 widersprechen kann.

Beschluss:

Von der ab 01. Mai 2022 beabsichtigten Änderung der Sachgebietsgliederung und - zuweisung wird Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

13 .	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts als zentrale Stelle für Qualitätssicherung im Rettungsdienst Vorlage: 0793/2018/DS
------	---

Beschluss:

1. Dem als Anlage 1 [der Vorlage] beigefügten öffentlich -rechtlichen Vertrag zur Errichtung des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts mit der Aufgabe der zentralen Qualitätssicherung und der Beteiligung der Stadt Neumünster an dem Unternehmen wird zugestimmt.
2. In den Verwaltungsrat der Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts wird von der Stadt Neumünster entsandt:
Herr Marc Kutyniok - Fachdienst Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.
3. In den Verwaltungsrat der Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts wird als erster Stellvertreter der Stadt Neumünster entsandt:
Herr Jan Heitmann - Fachdienst Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

14 .	1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2022 sowie Nachtragsstellenplan 2022 Vorlage: 0998/2018/DS
------	---

Beschluss:

- a) Die 1. Nachtragshaushaltssatzung sowie der Nachtragshaushaltsplan 2022 mit Anlagen werden in der vorgelegten Form beschlossen.
- b) Dem 1. Nachtragsstellenplan 2022 und den in den Anlagen dargestellten Stellenveränderungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

15 .	Neufassung der Straßenreinigungssatzung ab 01.03.2022 Vorlage: 0960/2018/DS
------	--

Beschluss:

Die anliegende Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Neumünster (Straßenreinigungssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

16 .	Hochschulanbindung: Absichtserklärung zur Bereitstellung von Räumlichkeiten für Gesundheitsstudiengänge der Fachhochschule Kiel in Neumünster Vorlage: 1008/2018/DS
------	--

Herr Oberbürgermeister Bergmann erläutert eingangs die Vorlage und deren Hintergründe.

Beschluss:

Es wird zugestimmt, dass der Oberbürgermeister die Absichtserklärung (Letter of Intent) zur Bereitstellung von Räumlichkeiten für Gesundheitsstudiengänge der FH Kiel in Neumünster unterschreibt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

17 .	Schulentwicklungsplanung (SEP); hier: Schulentwicklungsplan 2018 - Allgemein bildende Schulen; 2. Fortschreibung für die Jahre 2020/2021 Vorlage: 0970/2018/DS
------	---

Ratsherr Delfs teilt als Vorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses mit, dass der Schul-, Kultur- und Sportausschuss wie auch der Hauptausschuss die Vorlage vertagt hatten. Dementsprechend stellt er einen Antrag auf Vertagung, weil noch diverse Fragen zu klären seien. Er bittet darum, Hinweise und Anregungen zur Schulentwicklungsplanung rechtzeitig dem Fachdienst Schule, Jugend, Kultur und Sport mitzuteilen.

Ratsherr Kühl bittet darum, ihm den Schulentwicklungsplan in Papierform zukommen zu lassen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Abstimmungsergebnis (Antrag auf Vertagung):

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

18 .	Grundsätze und Kriterien zur Auf- und Umstellung von Kunst im Öffentlichen Raum Vorlage: 0899/2018/DS
------	--

Die Ratsversammlung hatte die Vorlage nebst diverser Ergänzungs- bzw. Änderungsanträgen in ihrer Sitzung am 14.12.2021 zur erneuten Vorberatung insbesondere zu den finanziellen Konsequenzen an den Schul-, Kultur- und Sportausschuss überweisen. Dieser hatte einem gemeinsamen Änderungsantrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD und BfB zugestimmt.

Dementsprechend bringt Ratsherr Delfs den gemeinsamen Änderungsantrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD und BfB ein.

Diesem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung.

Beschluss:

- a) Den Richtlinien zur Neuaufstellung und Verortung von Kunst im Öffentlichen Raum wird mit folgenden Ergänzungen (*kursiv*) zugestimmt:
 1. Ziffer 1 erhält folgenden zusätzlichen Spiegelstrich:
 - Weiterhin soll die Stadt offen für international qualifizierte Künstlerinnen und Künstler sein, die Interesse an der Platzierung von hochwertigen Kunstobjekten haben und diese unterstützen.
 2. Ziffer 2.b. letzter Satz lautet:
Die endgültige Entscheidung obliegt dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss der Stadt Neumünster, *ggf. nach vorheriger Beteiligung anderer Betroffener (z.B. Stadtteilbeirat, Kinder- und Jugendbeirat, andere Ausschüsse).*
 3. Ziffer 2.c. letzter Satz lautet:
Die Ergebnisse der Beratungen werden dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur endgültigen Entscheidung übergeben, *wobei bei Bedarf vorher andere Betroffene (z.B. Stadtteilbeirat, Kinder- und Jugendbeirat, andere Ausschüsse) beteiligt wurden.*
 4. Es wird ein neuer Punkt „d. Kennzeichnung“ mit folgendem Spiegelstrich angefügt:
 - Zusätzlich zu eventuell vorhandenen Beschilderungen ist eine digitale Erfassung vorzunehmen. Hier kann über einen aufgestellten QR-Code auf die Homepage der Stadt weitergeleitet werden, auf der auf die Historie des Objektes, die Intention und Weiteres hingewiesen wird.
- b) Der Bestand an Kunstwerken für den öffentlichen Raum, der sowohl aufgestellt ist als auch im Depot befindlich, ist zu erfassen und zu katalogisieren. Das Ergebnis ist dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur 2. Sitzung 2023 vorzulegen.
- c) Der teilweise desaströse Zustand einiger Kunstobjekte muss zeitnah verbessert werden. Die Erstellung einer Prioritätenliste mit Angaben zum Renovierungs-, Reinigungs- und Kostenaufwand ist anzustreben und soll dem Schul-, Kultur- und

Sportausschuss regelmäßig rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen zur Abstimmung und Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis (Vorlage in der geänderten Fassung):

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

19 .	Wahl des kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderung Vorlage: 0981/2018/DS
------	--

Ratsherr Inci bringt als Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses einen Änderungsantrag ein, dem der Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner Sitzung am 26.01.2022 zugestimmt hatte. Dieser sieht ein weiteres Mitglied der KAG vor. Stattdessen soll ein Mitglied seitens des „Runden Tisches“ entfallen.

Bei der Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss standen die entsprechenden Namen noch nicht fest. Herr 1. Stadtrat Hillgruber gibt diese wie folgt zu Protokoll: Anstelle von Herrn Hartmut Tempel (Runder Tisch für Menschen mit Behinderung) soll Herr Toren Munz (KAG, Brücke NMS) gewählt werden.

Die Ratsversammlung stimmt dem Ergänzungsantrag einstimmig zu.

Abschließend erfolgt die Wahl der genannten Kandidaten en bloc.

Beschluss:

In den kommunalen Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster werden gewählt:

Für die Kreisarbeitsgemeinschaft (KAG) der freien Wohlfahrtsverbände:

Anastasia Frahm (DRK Kreisverband)
Debora Demuth (Lebenshilfewerk)
Silke Anlahr (AWO Stadtverband)
Toren Munz (Brücke NMS)

Für den Beauftragten für Menschen mit Behinderung:

Arno Jahner

Für den Runden Tisch für Menschen mit Behinderung:

Manfred Utech
Ehrenfried Boege

Für die Behinderten Sportgemeinschaft:

Norbert Kaul

Für den Blinden- und Sehbehindertenverein:

Marc Jestrinsky

Für den Gehörlosenverband Schleswig Holstein:
Monica Wiech

Für den Sozialverband Deutschland:
Helga Meisner

Für den Sozialverband VdK Nord:
René Jelowik

Für Lichtblick NMS e.V.:
Nicole Brinkmann

Für den Seniorenbeirat der Stadt Neumünster:
Holger Hammerich

Abstimmungsergebnis:

Wahl der aufgeführten Kandidaten en bloc: einstimmig

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

20 .	Kostensteigerung des Neubaus der Kindertagesstätte des DRK Kreisverbandes Neumünster e.V. (DRK) zur Schaffung von 50 zusätzlichen Kita-Plätzen Vorlage: 0977/2018/DS
------	---

Ratsfrau Krebs erklärt sich für befangen. Sie verlässt den Sitzungssaal und ist während Beratung und Beschlussfassung nicht zugegen.

Ratsherr Janetzky erklärt, die FDP-Ratsfraktion stünde dieser Form der Finanzierung grundsätzlich ablehnend gegenüber. Im aktuellen Fall werde man sich enthalten, um den Bau nicht zu verzögern.

Herr 1 Stadtrat Hillgruber führt dazu aus, dass diese Form der Finanzierung durchaus üblich sei und sich bewährt habe. Mehr Transparenz bezüglich der jeweiligen Finanzierungsmodelle bei der Errichtung von Kitas sei indes dienlich. Er sagt eine entsprechende Übersicht für den Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss zu.

Beschluss:

Der geänderten Finanzierung mit einem kommunalen Finanzierungsanteil aus Mitteln der Betriebskostenförderung i. H. v. 245.893,72€, aufgeteilt auf die entsprechenden Haushaltsjahre, beginnend ab dem Jahr 2022, wird vorbehaltlich einer positiven baufachlichen Prüfung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

21 .	Frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege hier: Fortführung der "Praxisintegrierten Ausbildung" staatl. anerkannter Erzieherinnen / Erzieher in den Kindertageseinrichtungen Vorlage: 0978/2018/DS
------	---

Beschluss:

1. Der Schaffung von 9 Praxisstellen im Rahmen der „Praxisintegrierten Ausbildung Der Schaffung von 9 Praxisstellen im Rahmen der „Praxisintegrierten Ausbildung zur/ zum staatl. anerkannter Erzieherin/ Erzieher“ in den städtischen Kindertageseinrichtungen je Ausbildungsjahr im Zeitraum ab dem 01.08.2022 bis zum 31.07.2026 wird zugestimmt. Der kommunale Finanzierungsanteil, unter Anrechnung der Mittel aus der Förderrichtlinie des Landes Schleswig - Holstein, beträgt im Haushaltsjahr 2022 64.000,00 €. Für die Folgejahre beträgt der kommunale Finanzierungsanteil unter Anrechnung der Mittel aus der Förderrichtlinie des Landes Schleswig - Holstein 78.000,00 € pro Jahr.
2. Der Personalkostenfinanzierung für maximal 16 Praxisstellen für die „Praxisintegrierte Ausbildung zur/ zum staatl. anerkannter Erzieherin / Erzieher“ je Ausbildungsjahr ab dem 01.08.2022 bis zum 31.07.2026 bei den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen in Neumünster wird zugestimmt. Der kommunale Finanzierungsanteil unter Anrechnung der Mittel aus der Förderrichtlinie des Landes Schleswig - Holstein beträgt im Jahr 2022 114.000,00 €. Für die Folgejahre beträgt der kommunale Finanzierungsanteil unter Anrechnung der Mittel aus der Förderrichtlinie des Landes Schleswig - Holstein 140.000,00 € pro Jahr.
3. Der Schaffung einer Fachkraftstelle für die pädagogische Begleitung der Auszubildenden mit 25 Wochenstunden EGr. S 12 TVöD im FD 51 ab 01.08.2022 befristet bis 31.07.2025 wird zugestimmt. Der kommunale Finanzierungsanteil unter Anrechnung der Mittel aus der Förderrichtlinie des Landes Schleswig- Holstein beträgt im Haushaltsjahr 2022 13.800,00 €. Für die Folgejahre beträgt der kommunale Finanzierungsanteil unter Anrechnung der Mittel aus der Förderrichtlinie des Landes Schleswig- Holstein 29.000,00 € pro Jahr.
4. Die Absolventinnen und Absolventen dieses Ausbildungsformates, die einen erfolgreichen Abschluss erreicht haben, sollen ein Angebot erhalten, mind. drei Kindergartenjahre (gem. § 1 (2) Satz 4 KiTaG) in einer Kindertageseinrichtung in Neumünster als Fachkraft gem. § 28 (1) KiTaG tätig zu sein.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme zum 31.05.2022 zu evaluieren und das Ergebnis der Evaluation der Ratsversammlung zur Entscheidung über die Fortsetzung der Maßnahme ab dem Ausbildungsjahr 2023/2024 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

22 .	Sanierungsbau der Kindertagesstätte (Kita) Vicelin des Trägers Kindertagesstättenwerk Altholstein zum Erhalt von insgesamt 70 Betreuungsplätzen und Unterbringung in Containern während der Baumaßnahme Vorlage: 0979/2018/DS
------	--

Beschluss:

1. Dem Sanierungsbau und der vorübergehenden Unterbringung wird zugestimmt.
2. Der Finanzierung aus Eigenmitteln des Trägers und aus Mitteln der Betriebskostenförderung der Stadt Neumünster wird unter Vorbehalt einer positiven baufachlichen Prüfung zugestimmt. Eine etwaige Landesförderung aus den neu angekündigten Mitteln zum Ausbau von Kitaplätzen ist zu prüfen.
3. Der Leistung von überplanmäßigen Mehraufwendungen im Ergebnisplan 2022 und gleichzeitig Mehrauszahlungen im Finanzplan 2022 in Höhe von bis zu 573.000,00 € gemäß § 95 d GO für die Aufstellungs- und Mietkosten der Containeranlage in Form von Betriebskosten wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen in Höhe von bis zu 573.000,00 € im Produkt 312010100 Leistungsbeihilfe bei Leistungen für Unterkunft u. Heizung für Arbeitssuchende.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

23 .	Raumprogramm für zusätzliche notwendige Räume der Kindertagesstätte (Kita) Schubertstraße Vorlage: 0972/2018/DS
------	--

Beschluss:

Dem als Anlage [zur Vorlage] beigefügten Raumprogramm wird als weitere Planungsgrundlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

24 .	Funktionale Leistungsbeschreibung bei Bauvorhaben Vorlage: 0991/2018/DS
------	--

Ratsfrau Bühse bringt als Vorsitzende des Bau- und Vergabeausschusses einen Änderungsantrag ein, dem der Bau- und Vergabeausschuss in seiner Sitzung am 03.02.2022 zugestimmt hatte. Danach soll der Beschlusstext wie folgt gefasst werden:
„Die Verwaltung wird beauftragt, bei geeigneten hochbaulichen Neubaumaßnahmen im Einzelfall durch Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu prüfen, ob eine Gesamtvergabe auf Basis einer funktionalen Leistungsbeschreibung *gemäß der in der Begründung festgestellten Parameter* vorteilhaft ist.“

Die Ratsversammlung stimmt dem Ergänzungsantrag einstimmig zu.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Vorlage in der ergänzten Fassung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei geeigneten hochbaulichen Neubaumaßnahmen im Einzelfall durch Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu prüfen, ob eine Gesamtvergabe auf Basis einer funktionalen Leistungsbeschreibung gemäß der in der Begründung festgestellten Parameter vorteilhaft ist.

Abstimmungsergebnis (Vorlage in der geänderten Fassung)

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

25 .	Bebauungsplan Nr. 267 A "Ortskern Gadeland" - Beschluss über Stellungnahmen im Rahmen § 3 (2) und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) - Bestätigung der durchgeführten erneuten Behördenbeteiligung sowie der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 4 a BauGB - Beschluss über Stellungnahmen im Rahmen § 4 a BauGB - Satzungsbeschluss Vorlage: 0955/2018/DS
------	--

Bei der Beratung und Beschlussfassung sind Ausschließungsgründe nach § 22 GO nicht mitgeteilt worden.

Beschluss:

1. Die nach der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes vorgenommenen Änderungen werden gebilligt.
2. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung und Behördenbeteiligung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Personen und Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
3. Die Durchführung der erneuten Behördenbeteiligung sowie der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 4 a Baugesetzbuch (BauGB) aufgrund der Änderungen des Bebauungsplanentwurfs wird durch die Ratsversammlung bestätigt.
4. Die Ratsversammlung hat die während der erneuten öffentlichen Auslegung und erneuten Behördenbeteiligung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Personen und Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
5. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert am 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) den Bebauungsplan Nr. 267 A „Ortskern Gadeland“ für das Gebiet zwischen Segeberger Straße, Kummerfelder Straße und Grote Twiet im Stadtteil Gadeland, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
6. Die Begründung wird gebilligt.
7. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan, die Begründung eingesehen werden können.
8. Der Flächennutzungsplan 1990 der Stadt Neumünster wird im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 267 A angepasst. Die bisherigen Flächendarstellungen als gemischte Baufläche, Wohnbaufläche und ein kleiner Teilbereich als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbindung Post werden den Gebietsausweisungen im Bebauungsplan im Zuge der Berichtigung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

26 .	Entwicklung der städtischen Fläche der ehemaligen Scholtz-Kaserne - Konkretisierung und Anpassung des Beschlusses vom 23.06.2020 (Nr. 0186/2018/An) Vorlage: 0984/2018/DS
------	---

Ratsherr Krampfer bringt als Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses einen Änderungsantrag ein, dem der Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 02.02.2022 zugestimmt hatte. Demnach soll der Antragstext um folgende Ziffer 4 ergänzt werden:

„Die Verwaltung möge prüfen, ob im Bieterverfahren als gesonderter Punkt der Bau der Kita nach Maßgabe des Raumprogramms mit einbezogen werden kann. Dabei soll die Errichtung durch einen Bieter für die Stadt erfolgen, die dann das Gebäude mietet oder einer der Wohlfahrtsverbände, der an dem Betrieb einer Kita interessiert ist.“

Der Hauptausschuss hatte diese Änderung ebenfalls befürwortet.

Ratsherr Griese bringt für die Ratsfraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag ein, welcher bei TOP 26 im Ratsinformationssystem hinterlegt wird. Demzufolge soll der Antragstext dahingehend geändert werden, dass das Grundstück der ehemaligen Scholtz-Kaserne in Erbbaurecht zu vergeben ist.

Über diesen Änderungsantrag wird kontrovers diskutiert.

Dabei wird auch kritisiert, dass die Wobau als städtisches Tochterunternehmen einem für sie maßgeblichen Beschluss der Ratsversammlung schlichtweg nicht gefolgt ist. Dies sei nur ein Beispiel von mehreren, in denen Beschlüsse der Ratsversammlung nicht umgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Bergmann erklärt, dass die Wobau aufgefordert ist, sich am Bieterverfahren zu beteiligen. Wenngleich die Lösung mit dem Erbbaurecht eine gute Idee sei, gelte es im konkreten Fall schnell zu Ergebnissen zu kommen, so dass der Änderungsantrag nicht zu befürworten sei.

Herr Oberbürgermeister Bergmann stellt in Aussicht, Einnahmen aus Grundstücksverkäufen künftig einem Sondervermögen zuzuführen, aus dem wiederum Grundstücksankäufe ermöglicht werden sollen. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sollten grundsätzlich nicht der Haushaltskonsolidierung dienen.

Auch diese Idee wird kontrovers diskutiert.

Ratsfrau Bühse weist auf die erheblichen Vorleistungen hin, die die Stadt bereits erbracht habe. Sie plädiert dafür, bei der Ausschreibung Bedingungen zu formulieren, die gewährleisten, dass die Erschließungskosten nicht allein von der Stadt getragen werden müssen.

Sodann wird dem Änderungsantrag gemäß Planungs- und Umweltausschuss mehrheitlich zugestimmt:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

Der Änderungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE wird mehrheitlich abgelehnt:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 37
Enthaltung: 0

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung.

Beschluss:

1. Für den Verkauf von Baufeldern mit Geschosswohnungsbauten und Reihenhäusern ist ein strukturiertes Bieterverfahren durchzuführen.
2. Der städtebauliche Vorentwurf des Büros Zastrow+Zastrow ist als Grundlage für den Bebauungsplanentwurf weiterzuentwickeln.
3. Den in der Begründung kenntlich gemachten Konkretisierungen / Änderungen zu dem am 23.06.2020 beschlossenen Antrag (0186/2018/An) wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung möge prüfen, ob im Bieterverfahren als gesonderter Punkt der Bau der Kita nach Maßgabe des Raumprogramms mit einbezogen werden kann. Dabei soll die Errichtung durch einen Bieter für die Stadt erfolgen, die dann das Gebäude mietet oder einer der Wohlfahrtsverbände, der an dem Betrieb einer Kita interessiert ist.

Abstimmungsergebnis (Vorlage in der geänderten Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

27 .	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161 "Memellandstraße" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 1002/2018/DS
------	--

Bei der Beratung und Beschlussfassung sind Ausschließungsgründe nach § 22 GO nicht mitgeteilt worden.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161 „Memellandstraße“ für das Gebiet östlich der Memellandstraße, südlich der Bebauung an der Legienstraße, westlich des ehemaligen Bundeswehrsportplatzes und nördlich des THW -Geländes im Stadtteil Böcklersiedlung-Bugenhagen, bestehend aus dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bebauungsplanänderung nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan und die Begründung eingesehen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

28 .	Neustrukturierung der Akteursbeteiligung bei Klimaschutz und Klimaanpassung Vorlage: 0996/2018/DS
------	--

Sowohl im Planungs- und Umweltausschuss als auch im Hauptausschuss wurde Ziffer 2 der Vorlage abgelehnt. Dementsprechend beantragt Ratsherr Kühl über die Ziffern der Vorlage getrennt abzustimmen.

Zu Ziffer 2 der Vorlage wird die Teilnahme am Modellprojekt „LOSLAND“ intensiv kontrovers diskutiert.

Ratsfrau Bühse beantragt, Ziffer 2 der Vorlage zu vertagen.

Da eine Vertagung von einzelnen Teilen einer Vorlage nicht möglich ist, dehnt sie ihren Vertagungsantrag auf den gesamten Tagesordnungspunkt aus.

Auch über eine mögliche Vertagung wird kontrovers diskutiert.

Herr Oberbürgermeister Bergmann weist darauf hin, dass die entsprechende Verzögerung eine Teilnahme am Modellprojekt und damit auch die Förderung bzw. die wissenschaftliche Begleitung gefährden würden.

Sodann wird über den Vertagungsantrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Abstimmungsergebnis (Antrag auf Vertagung):

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 22
Enthaltung: 2

Damit ist das für eine erstmalige Vertagung erforderliche Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder erreicht.

29 .	Klaus-Groth-Schule Ersatzneubau der Sporthalle Vorlage: 0969/2018/DS
------	--

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2022 durch das Innenministerium, wird die Verwaltung beauftragt, die Planung zum Ersatzneubau der Sporthalle der Klaus -Groth -Schule einzuleiten (Planungsbeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

30 .	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 GO i. V. m. § 82 GO hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 150.000 Euro für die Umrüstung von Fenstern in mehreren Kitas auf Drehkipplügel Vorlage: 0441/2018/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

31 .	Berichterstattung und Zeitplanung zum Ausbauziel für Kindertageseinrichtungen Vorlage: 0447/2018/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

32 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

gez. Anna-Katharina Schättiger
(Stadtpräsidentin)

gez. Holger Krüger
(Protokollführer)